

Mieterbund gegen Pauschalierung von Kosten der Unterkunft

Das Thema Berechnung der angemessenen Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger beschäftigt leider weiterhin die Öffentlichkeit. Entgegen den Ratschlägen des Deutschen Mieterbundes hat der Deutsche Bundestag gesetzlich den Ländern die Möglichkeit eröffnet, die Kommunen zu ermächtigen, die Höhe der angemessenen Unterkunftskosten per Satzung festzulegen und dabei pauschal die Miet- und Heizkosten bestimmen zu dürfen. Von Anfang an warnte der Deutsche Mieterbund, dass die Zielrichtung eines solchen Schrittes sei, den Betroffenen die Leistungen zu kürzen, bis hin zu einer Unterschreitung des Existenzminimums. Deshalb hat sich der Mieterbund Nordhessen an alle nordhessischen Landtagsabgeordneten gewandt mit der Zielrichtung, zu verhindern, dass von der Möglichkeit im Hessischen Landtag Gebrauch gemacht wird und eine solche Ermächtigungsregelung beschlossen wird.

Nach brieflich und telefonisch positiven Rückmeldungen aus den Reihen der SPD und der Linen trafen sich kurzfristig zu ei-

nem Informationsgespräch auf der Geschäftsstelle des Mieterbundes Nordhessen der 1. Vorsitzende Dr. Willi Hilfer und der 2. Vorsitzende Eberhard Fischer mit den Kasseler Landtagsabgeordneten der Grünen, Dr. Andreas Jürgens (gleichzeitig Parteivorsitzender) und Karin Müller (gleichzeitig Fraktionsvorsitzende in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung).

Der Mieterbund Nordhessen nahm die Möglichkeit wahr, beide grüne Abgeordnete vor diesem Weg zu warnen, sie auf die sozial negativen Folgen möglicher Kürzungen in den Kommunen durch Pauschalierung der Unterkunftskosten hinzuweisen und sie zu ersuchen, sich im Hessischen Landtag gegen eine Politik einzusetzen, wonach angesichts knapper kommunaler Haushalte die Schwächsten den Preis für eine verfehlte Politik zahlen sollen. „Die Unterkunftskosten sind Teil des Existenzminimums und dürfen nicht zur freien Manövriermasse nach Haushaltslage werden“, so Dr. Hilfer.

Die beiden Vertreter des Mieterbundes Nordhessen konnten in dem Gespräch den Eindruck ge-

winnen, dass die beiden grünen Landtagsabgeordneten ein offenes Ohr für das soziale Anliegen des Mieterbundes hatten.

Dr. Hilfer und Eberhard Fischer nahmen das offene und informative Gespräch zum Anlass, beiden Landtagsabgeordneten, die ja auch kommunal in Kassel engagiert sind, das Anliegen des Mieterbundes näherzubringen, keinen allgemeinen, qualifizierten Mietspiegel in Kassel wegen der damit flächendeckend zu befürchtenden Mieterhöhungen einzuführen. Der vom Sozialdezernenten Dr. Jürgen Barthel angekündigte grundsicherungsrelevante Mietspiegel, der die

Anwendung der Tabellen nach Paragraph 12 Wohngeldgesetz zuzüglich eines Sicherungszuschlages von zehn Prozent ablesen soll, reiche aus, die Absicht der Stadt Kassel umzusetzen, eine von der Sozialgerichtsbarkeit akzeptierte Berechnung für Unterkunft und Heizung vornehmen zu können.

Völlig einig waren sich die Beteiligten dieses wohnungspolitischen Gesprächs über die Notwendigkeit, verstärkt in einer gemeinsamen Anstrengung von Vermietern, Mietern und der öffentlichen Hand die energetische Modernisierung im Wohnungsbestand auszubauen. ■



Die Abgeordneten des Hessischen Landtages, Karin Müller und Dr. Andreas Jürgens, im Gespräch mit Dr. Willi Hilfer und Eberhard Fischer vom Mieterbund Nordhessen (v. l.)